



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 6. Dezember 2011

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

anknüpfend an unsere Haushaltsrede 2011 möchte ich zwei Themen aufgreifen, die ich letztes Jahr einleitend angesprochen hatte:

1. Die Finanzkrise ist ... immer noch ungelöst. Mehr noch: Die Konfusion und Schieflage bei den Entscheidungen zur Stabilisierung der Euro-Zone hat sich im vergangenen Jahr weiter verschärft. Trotz dieser bedenklichen Entwicklung kann sich die Politik immer noch nicht dazu durchringen, der Finanzwirtschaft enge Grenzen zu setzen und damit dem offensichtlichen Missstand endlich ein Ende zu bereiten. In diesem schwierigen Umfeld hält sich die Realwirtschaft noch tapfer über Wasser, auch wenn sich hier vielleicht eher der Vergleich mit der Nusschale auf dem Wildbach aufdrängt. Da die Ausfallbürgschaften und die diversen Stützungsgelder für die hoch verschuldeten europäischen Staaten bisher nur zum kleinsten Teil abgeschrieben werden mussten, fühlt sich die aktuelle Situation unserer Kommunalhaushalte derzeit noch richtig gut an. Wir geniessen auf kommunaler Ebene gerade ein Zwischenhoch sprudelnder Steuer und Zuweisungsquellen – es fragt sich nur, wie lange noch!
2. Bei Stuttgart 21 ist die Entscheidung gefallen. Für unsere Fraktion war das Ergebnis eine ziemlich bittere Pille. Es ist jedoch ohne Zweifel erfreulich, dass die neue Landesregierung einen Volksentscheid herbeigeführt hat, um dieses sehr umstrittene Projekt direkt von den Bürgern entscheiden zu lassen. Diese Möglichkeit wurde auch von vielen Menschen genutzt, was man an der hohen Wahlbeteiligung von 48 % ablesen kann. Die Abstimmung hat zwar ein eindeutiges Ergebnis für den Bau von S21 gegeben. Ebenso eindeutig werden aber auch die Kostensteigerungen sein, die sich bei der weiteren Bearbeitung des Vorhabens einstellen werden. Diese Entwicklung wird dann aber leider nicht irgendein Problem im Stuttgarter Talkessel bleiben, sondern die Auswirkungen werden über die öffentlichen Haushalte und die Investitionsvorhaben der Deutschen Bahn bis nach Donaueschingen durchschlagen. Wetten, dass...?

Von den Eskapaden der Finanzwirtschaft und den „alternativlosen“ Bauvorhaben ist der Schritt in die Donaueschinger Kommunalpolitik deshalb geradezu angenehm überschaubar. Dabei sind unsere lokalen Vorhaben i.d.R. nicht nur einige Größenordnungen kleiner und damit besser fassbar. In vielen Fällen ist auch eher eine Richtung und Strategie erkennbar. Wo dies gilt und wo nicht, möchte ich nachfolgend an einigen Beispielen schildern.

Angesichts der demografischen Entwicklung und den gesellschaftlichen Veränderungen kommt zukünftig dem Thema Innenentwicklung eine viel grössere Bedeutung zu. Die alte Devise „schneller, grösser, weiter“ gerät dabei zunehmend in die Defensive. Statt dessen müssen die bestehenden Strukturen fit für die Zukunft gemacht werden. Praktisch wird das dann häufig bedeuten: „Langsamer, kleiner, näher“!

Beispielsweise ist die deutliche Ausweitung der Tempo-30-Zonen einschliesslich der „rechts – vor – links - Regelung“ ein wichtiger Schritt zur Verkehrsentlastung in der Innenstadt. Tempo- und damit verkehrsreduzierende Massnahmen sind auch deshalb wichtig, weil mit dem geplanten Sanierungsgebiet „Stadtkirche“ nicht nur eine optische Verbesserung erreicht werden soll. Wir gehen davon aus, dass nach Abschluss der Sanierung Park, Stadtkirche und Innenstadt wieder eine harmonische Einheit mit einer hohen Aufenthaltsqualität bilden werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Dominanz des Autoverkehrs auf den bisherigen Hauptverkehrsachsen in diesem Bereich reduziert wird.

Ebenfalls wichtig sind die Reaktivierung von innerstädtischen Brachen und die Nachverdichtung bestehender Siedlungsgebiete. In der Innenstadt betrifft dies aktuell beispielsweise das Posthofareal und das Gelände der ehemaligen Lehrerakademie. Wir sind zuversichtlich, dass nach jahrelanger Diskussion und Nachjustierung der Projekte jetzt Lösungen gefunden wurden, die nicht nur die Investoren und die neuen Bewohner, sondern insbesondere auch die Nachbarn zufrieden stellen werden. Für die Stadtentwicklung sind solche Projekte jedenfalls weit nachhaltiger als die Ausweisung von Neubaugebieten auf der sogenannten „grünen Wiese“. Hier gibt es leider gleich mehrfach inkonsistente Entscheidungen. Nach aktueller Beschlusslage der Gemeinderatsmehrheit wird nämlich nicht nur in der Kernstadt mit dem Baugebiet „Schützenberg“, sondern auch in Pfohren mit dem Erweiterungsbereich „An der Halde“ ein klassisches Neubaugebiet erschlossen. Verblüffend – um nicht zu sagen verstörend – ist dabei die Tatsache, dass zeitgleich mit sehr grossem Aufwand versucht wird, die bisherigen Kernbereiche der Siedlungen zu sanieren und attraktiv zu halten. Ich muss an dieser Stelle wohl nicht besonders betonen, dass unsere Fraktion z. B. die Sanierung des Pfohrener Dorfzentrums von Herzen unterstützt, das Neubaugebiet aber rundweg als kontraproduktiv ablehnt. Aus unserer Sicht wird es in solchen Fällen kaum dauerhaft gelingen, zweigleisig zu fahren und dabei beide Bereiche mit Erfolg zu entwickeln. Die privaten und öffentlichen Ressourcen, die in die Neubaugebiete fliessen, werden zukünftig in den bestehenden Siedlungsstrukturen fehlen. Diese Einschätzung betrifft übrigens auch die städtischen Eigenbetriebe, die zusätzlich geschaffene Infrastruktur dauerhaft unterhalten müssen und eigentlich ein grosses Interesse an einer hohen Anschlussdichte im Bestand haben sollten. Ganz unter die Räder kommen bei solchen „sowohl als auch“ - Entscheidungen aber stets die natürlichen Ressourcen: In diesem Fall in erster Linie der Boden. Die ganzen Lippenbekenntnisse zum Bodenschutz nützen nichts, wenn gleich-

zeitig in einem einzigen Jahr 140.000 € städtische Fördermittel zum Bauplatzkauf in Neubauvierteln ausgeschüttet werden. Flächensparen geht jedenfalls anders!

Weitaus erfreulicher sind da schon die Investitionen in die energiesparende Strassenbeleuchtung. Wir hoffen, dass wir in diesem Bereich auch in den kommenden Jahren genügend Investitionsmittel bereitstellen können, um die laufenden Stromkosten und den Ressourcenverbrauch wirksam zu reduzieren. Auch der weitere Ausbau von Nahwärmemenzen einschliesslich Kraft – Wärme - Kopplung kann die bestehenden Siedlungsstrukturen zukunftsfähig machen, da solche Systeme zukünftig einen höheren Freiheitsgrad gerade auch beim Einsatz regenerativer Energien ermöglichen.

Dieser Punkt wird konkret schon bald am Fürstenberggymnasium zur Entscheidung stehen. Dort läuft im kommenden Jahr die grosse Gebäudesanierung an und ein Teilbereich davon ist die Sanierung der Heizungsanlage. Im Kern des Projekts geht es dabei jedoch um weit mehr: Das von allen Beteiligten ausgearbeitete pädagogische Konzept und die zukünftigen Anforderungen an ein Gymnasium müssen baulich eine solide Grundlage bekommen. Es war unserer Fraktion schon von Anfang an klar, dass dies nicht im Hauruckverfahren und für „einen Apfel und ein Ei“ möglich sein würde. Die mittlerweile vorliegende Kostenschätzung hat diese Position bestätigt. Angesichts der Erfahrungen mit der Donauhalle hoffen wir darauf, dass die weiteren Planungsschritte detailliert und nachvollziehbar aufgeschlüsselt werden. Zudem dürfte es auch kein Fehler sein, wenn weitere Alternativen für eine schrittweise Umsetzung des Gesamtprojekts ausgearbeitet werden, da die Zuschussfrage im Moment noch ungeklärt ist. Wir werden bei allen Entscheidungen zur Sanierung des Gymnasiums die Belange der anderen Schulen jedoch nicht vergessen. Neben den generellen Veränderungen bei den Schülerzahlen werden die zukünftigen bildungspolitischen Entwicklungen im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen dabei eine wichtige Randbedingung sein. Für uns gibt es dabei keinen Zweifel, dass es auch an diesen Schulen zu konzeptionellen und baulichen Veränderungen kommen wird. Abgesehen von solchen grundlegend notwendigen Anpassungsprozessen wird aber auch fortlaufend investiert, wie beispielsweise der Umbau des ehemaligen Lehrerwohnhauses an der Realschule oder die Neuverglasung der Innenhofseite an der Eichendorffschule zeigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Entscheidungen zur Förderung der Turn- und Bewegungshalle des TSV mit 150 000 Euro und zum Kunstrasenplatz der DJK mit 100 000 Euro ansprechen. Lange Diskussionen haben damit ein Ende gefunden und es wurde ein positives Ergebnis für alle Beteiligten erzielt. Beide Einrichtungen werden die Infrastruktur im Bereich Sport – gerade auch für Kinder und Jugendliche – weiter verbessern.

Eine weitere Aufwertung der Infrastruktur wird im Bahnhofsgebiet erfolgen. Für die geplante Modernisierung des Bahnhofs wird die Stadt im Jahr 2012 mehr als 550 000 Euro und im Jahr 2013 nochmals 460.000 Euro aufwenden. Klar ist, dass es dabei nicht nur um Farbgebung und etwas Informationselektronik gehen wird, sondern vor allem um die Erreichbarkeit der Bahnsteige. Für behinderte Mitbürger und für Familien, die mit grossem Gepäck und Kinderwagen unterwegs sind, dürfte sich die Situation dann hoffentlich deutlich verbessern. Spannend dürfte dabei aber durchaus sein, wie die Bahn mit dem städtischen Geld umgehen wird. Wir werden jedenfalls auch bei diesem Projekt sehr

genau darauf achten, dass ein realer Gegenwert für den erheblichen kommunalen Zu-
schuss entsteht.

Wenn es um Gegenwerte, Kostentransparenz und darüber hinaus auch noch um Ge-
rechtigkeit geht, möchte ich an dieser Stelle ein vollkommen anderes Thema anspre-
chen. Es geht um die gesplittete Abwassergebühr. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen
halten wir den erheblichen Aufwand für absolut gerechtfertigt. Diese Art der Gebühren-
berechnung ist aber nicht nur aus Gründen der Gebührengerechtigkeit notwendig. Sie
ist insbesondere auch deshalb erforderlich, weil sie den bisherigen Fehlentwicklungen
bei der Versiegelung von Flächen entgegensteuert. Auf einem anderen Blatt steht hin-
gegen die konkrete Umsetzung. Wir halten einige der bisherigen Berechnungsansätze
für nicht sachgerecht und gehen davon aus, dass dies bei der nächsten Kalkulation
nachgebessert wird.

Eine vergleichbare Konstellation haben wir auch im Kernbereich der Verwaltung selbst.
Der früher klar strukturierte Verwaltungshaushalt hat aus unserer Sicht durch den auf-
gesetzten und kaum durchschaubaren Dschungel der internen Leistungsverrechnung
(ILV) an Klarheit verloren. Auch hierbei war die ursprüngliche Intention Transparenz und
Kostenwahrheit. Praktisch sehen wir bislang aber eher die Wirkung einer Nebelgranate,
weil die Kostenstrukturen und vor allem auch die Höhe der verbuchten Beträge nicht
nachvollziehbar sind. Hier wird es weiterer Entwicklungsarbeit der Verwaltung bedürfen,
um die Systematik und mehr noch die konkreten Berechnungsansätze nachvollziehbar
aufzuzeigen.

Und wenn wir schon bei der Kostenwahrheit sind, möchte ich abschliessend noch ein
weiteres Beispiel aufzeigen, das nach unserer Einschätzung unter einem falschen Bu-
chungstitel läuft. Es geht um die Sanierung der Lagerhalle in der Friedrichstrasse. Diese
soll für einen erheblichen Betrag saniert werden. Da es praktisch wohl vorwiegend um
Lagerkapazitäten für bewegliche Einrichtungen der Donauhalle geht, plädieren wir auch
für eine entsprechende Zuordnung der Kosten. Zudem wäre es in diesem Fall durchaus
wünschenswert, wenn die Kosten noch reduziert werden könnten.

Zusammengefasst ist der Haushalt 2012 aus unserer Sicht ein guter Haushalt. Langsam
aber sicher werden die Prioritäten verschoben: Sanierung kommt vor Neubau, innere
Entwicklung kommt vor Aussenentwicklung. Qualität, vernetzte Konzepte und eine
nachhaltige Ausrichtung kommen vor einfachen und schnellen Rezepten. Dass es dabei
noch Widersprüche, Ungereimtheiten und Mängel gibt ist zwar schade, aber kein Bein-
bruch. Wir werden weiter daran arbeiten und **stimmen dem Haushalt 2012 zu.**

Abschliessend möchten wir uns für die gute Zusammenarbeit mit Verwaltung und Ge-
meinderat bedanken. Wir wünschen den Donaueschinger Bürgern eine schöne Ad-
ventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2012.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen